

Bezugspreis:
Einzeljährlich
für 12 3 Mk.
Bei den Postanstalten
(auschl. Bestellgeld)
3 Mk.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. Chr. Sommer,
Ditz.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Preis der Anzeigen
Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Reklamezeile 90 Pf.
Ausgabestelle:
Ditz, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Paul Lange.

Nr. 173

Freitag, den 1. August 1919

25. Jahrgang

Die Denkschrift Ludendorffs

Weimar, 30. Juli. Die in der großen politischen Aussprache der letzten Tage so häufig erwähnte Denkschrift des Generals Ludendorff über die vom militärischen Standpunkt aus zu fordernden Kriegsziele wird jetzt ebenfalls veröffentlicht. Sie hat folgenden Wortlaut:

Erster Generalquartiermeister.

Großes Hauptquartier, den 14. Sept. 1917.

Bei den Verhandlungen in Berlin ist unsre und die Lage unsrer Feinde besprochen worden. Ich halte mich verpflichtet, hierauf nochmals zurückzukommen und den Gedankengang schriftlich niederzulegen, in dem ich mich bewege. Ich habe ihn hier in Bezug auf Vongw-Brien, auf Landwirtschaft und Ueberseehandel erweitert.

Unsre Lage im Innern ist nach Angabe der Ressortvertreter schwierig in Bezug auf Futur und Kohle, in Bezug auf Kohle leider nicht unterschuldet durch Versäumnisse in früheren Monaten. Unsre Finanzwirtschaft ist außerordentlich angespannt. Durch die Reichstagsmehrheit ist unsre Lage im Innern zu einer wenig erfreulichen gemacht. Die Arbeiter- und damit auch die Erbschaften hat sich verschärft. Ich meine aber, diese innere Schwierigkeiten müssen durch die feste Leitung der jetzigen Regierung überwunden werden. Möglich ist es.

Dass das neue Ministerium in Frankreich für die Dauer kriegerischer sein wird als das bisherige, ist nicht anzunehmen. Das Gegenteil ist zu erwarten. Auch Frankreich steht vor einer Kohlennot. Alle neuen Nachrichten aus Frankreich stimmen darin überein, daß der U-Bootkrieg wirkt, daß die Ernährungslage schwierig ist, und daß die englische Regierung mit starken sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der Drang nach Frieden in England wird stärker. Ich brauche mich hierüber nicht näher auszulassen. Sollte England ernsthaft Schritte unternehmen, so wäre das ein Zeichen, daß es nicht mehr glaubt, den Krieg zu gewinnen. Von hier bis zur Ueberzeugung, daß es noch verlieren kann, ist kein weiter Schritt.

Die Hoffnung des Verbandes seit Rußlands Niedergang ist Amerika. Es darf, wenn auch nicht unterschätzt werden, auch nicht überschätzt werden. Zurzeit scheint England zu befürchten, daß die Führung des Verbandes an Amerika übergeht. Wie das Verhältnis zu Italien und seinen Bundesgenossen ist, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls sind starke Reibungen unter den Gliedern des Verbandes entstanden.

Ohne Rumänien und die andern besetzten Gebiete wären wir in eine hochbedenkliche Verpflegungslage gekommen. Mit Rumänien ist sie erst genug geblieben. Sie würde sich noch verschärfen, wenn wir, wie wir später hoffen müssen, Belgien zu verpflegen haben. Dies können wir zurzeit nicht. Wir müssen daher einen Zuwachs an Land erhalten. Diesen finden wir nur in Furland und Litauen, die gute landwirtschaftliche Möglichkeiten bieten. Bei der Haltung Polens müssen wir aus militärischen Rücksichten die Grenze Litauens über Grodno nach Süden schieben und Ost- und Westpreußen etwas verbreitern. Erst dann können wir Preußen schützen. Auch an einigen Stellen der Provinz Posen läuft die Grenze militärisch zu ungünstig.

Im Westen haben wir die beiden großen Zentren der Lothringisch-Luxemburgischen Erzbecken mit dem Saarrevier und das rheinisch-westfälische Industriegebiet, das sich nach der belgischen und holländischen Grenze zu immer mehr ausdehnen wird.

Der sichere Schutz dieser Gebiete ist für uns eine Lebensfrage. Wir müssen hier das Erreichen, was wir irgend erreichen können und wozu unsre Lage berechtigt. Erreichen wir nichts, so kann an unsre Lage nur mit schwerer Sorge gedacht werden, und es wäre dann vorzuziehen, weiter zu kämpfen und noch nicht an Frieden zu denken. Wir müssen uns klar darüber sein, daß das, was wir nicht erreichen, im Frieden durch hohen militärischen Aufwand (Luftabwehr), Unterhaltung von Fliegerstreitkräften, starke Grenzbesetzung) ausgeglichen werden muß, soweit dies überhaupt möglich ist.

Das Lothringische Erzbecken verlangt einen Geländezuwachs nach Westen. Je größer er ist, desto leichter wird die Sicherung. Beibehalten der Grenzen wie vor dem Kriege würde es mit sich bringen, daß jede politische Benützung auf die Werke mit ihrer starken Arbeiterkraft zurückwirken würde.

Um so dringender ist die Unversehrtheit des nieder-rheinisch-westfälischen Gebiets. Was die flandrische Küste für Luftangriffe auf England für dieses Land ist, das ist die Maasküste bei Lüttich in noch erhöhtem Maße für das Industriegebiet. Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas- und südwärts bis St. Vith fest in der Hand behalten. Bisher sehe ich nur in der Einverleibung durch das Deutsche Reich das Mittel, dies zu erreichen. Ob es ein andres Mittel gibt, muß ich dahingestellt sein lassen. Vorläufig

scheint es mir noch nicht gefunden. Der Besitz der Maasküste allein genügt nicht, um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Wir müssen englisch-belgisch-französisches Heer noch weiter zurückschieben. Dies kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluß an uns sucht. Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck — längere Okkupation — und ohne Besitzergreifung von Lüttich nicht ins Werk zu setzen sein. Die Neutralität Belgiens ist ein Phantom, mit dem praktisch nicht gerechnet werden darf. Ganz sicher wären wir erst, namentlich da der Tunnelbau Dover-Calais Wirklichkeit wird, wenn wir ganz Belgien militärisch besetzten u. an der flandrischen Küste ständen. Trotz aller Schwierigkeiten Englands können wir diese zurzeit nicht erreichen. Es fragt sich, ob wir um dieser Ziele willen den Krieg fortsetzen müssen. Das ist meines Erachtens der Fall, wenn die Engländer einen Gebietsstreifen in Frankreich (Calais) behalten. Tun sie das nicht, so wäre der Besitz der flandrischen Küste für uns kein Grund zur Fortsetzung des Krieges über den Winter hinaus. Wir müssen dann die von der flandrischen Küste aus erstrebte Einwirkung auf England auf Umwegen erreichen können. Ich halte dies für möglich, wenn Belgien, wirtschaftlich mit dem Deutschen Reich eng verbunden, und in Wallonien und Flandern geteilt, mit der Zeit den Schutz gegen Frankreich und England selbst übernimmt und nach Beendigung der Okkupation sich ein Heer und eine Marine hält. Der Anschluß Belgiens an Deutschland wird zur Folge haben, daß bei einer Klar ihr Ziel zu verfolgenden Politik Holland an uns gezogen wird, zumal wenn sein Kolonialbesitz durch ein uns verbündetes Japan garantiert wird.

Hierzu gehören außer Rußland überseeische Abgabengebiete in Südamerika, ein Kolonialreich in Afrika und Flottenstützpunkte in oder außerhalb des Kolonialreichs.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 30. Juli.

Hr. Dr. Düringer (Deutschnat. Volksp.): An unserer ablehnenden Stellung gegenüber der Verfassung hat sich seit der zweiten Lesung nichts geändert. Wir halten auch an dem föderalistischen Charakter des Reiches fest. In den letzten Tagen haben wir wiederholt betont, daß die Deutschnationalen Volkspartei nicht identisch sein will mit der früheren Fraktion der Konservativen, mit der Vaterlandspartei und den Unideutschen, wenn ihr auch einige frühere Konservative angehören. (Lebhafte Zustimmung.)

Hr. Dr. Heinze (D. Vp.): Wir können uns nicht auf den Boden der neuen Verfassung stellen. Die alte Verfassung hat den Weltkrieg nicht verschuldet, und wenn wir vier Jahre ausgehalten haben, so lag das an der Festigkeit, die sie auszeichnete. (Beifall rechts.)

Ein Antrag Dr. Heinze (D. Vp.) für die Farben schwarz-weiß-rot wird gegen die Stimmen der Rechten, eines Teiles der Demokraten und des Zentrums abgelehnt.

Artikel 3 wird hierauf in der Fassung eines Antrages Haubmann (Dem.) angenommen.

Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold; die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der inneren oberen Ecke.

Artikel 17, der die Verfassung der Länder betrifft, setzt auch für die Gemeindevahlen die Grundsätze der allgemeinen Wahlen ein, wobei das Wahlrecht durch Landesgesetz von einem einjährigen Aufenthalt in der Gemeinde abhängig gemacht werden kann.

Die vierjährige Wahlperiode wird in Auszählung mit 166 gegen 139 Stimmen angenommen.

Nachmittagsitzung: Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 4.30 Uhr nachmittags. Die dritte Beratung über den Verfassungsentwurf im dritten Abschnitt, Art. 41—60, über Reichspräsident und Reichsregierung wird fortgesetzt. Der Amtseid (Art. 42) erhält die Fassung:

„Ich schwöre, daß ich meine Kräfte dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schäden von ihm abwenden, die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Im Abschnitt Reichsverwaltung wird Art. 79 im Hinblick auf die Bestimmungen des Friedensvertrages nach einem Antrage Dr. Spahn (Zentr.) in folgender Fassung angenommen: „Die Verteidigung des Reiches ist Reichssache. Die Wehrverfassung des deutschen Volkes wird unter Berücksichtigung der besonderen landsmannschaftlichen Eigenarten durch ein Reichsgesetz einheitlich geregelt.“

Artikel 102 bestimmt u. a. die militärischen Ehrengerichtshöfe aufzuheben. Nach längerer

Debatte wird der Artikel in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Art. 104 wird nach einem demokratischen Antrag in folgender Fassung angenommen: Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben, außer für Kriegszeiten und an Bord der Kriegsschiffe.

Es folgt der zweite Hauptteil: „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.“ Der erste Abschnitt, Artikel 108 bis 117, handelt von der Einzelperson.

Im Artikel 108 (Gleichheit vor dem Gesetz), wonach u. a. öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes nicht bestehen, wird auf Antrag des Abgeordneten Spahn die Forderung beschlossen, daß sie „aufzuheben sind“. Die Bestimmung des Artikels 108, wonach Adelsbezeichnungen nur als Teil des Namens gelten und nicht mehr verliehen werden dürfen, wird entgegen einem Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf Streichung aufrecht erhalten.

Es folgt die Beratung des zweiten Abschnitts der Grundrechte, Artikel 118 bis 131. Artikel 118 erhält auf Antrag Spahn (Ztr.) die Fassung: „Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besondern Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter. Zusatzantrag Dr. Ablass und Genossen: Die Reinerhaltung, Gesundheit und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge. Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates.“

Die besetzten Gebiete.

Frankfurt, 29. Juli. Dem Vernehmen nach ist die Bestellung eines Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen im besetzten Gebiet mit dem Sitz in Köln in Aussicht genommen, der den britischen Behörden bei der Genehmigung von Aus- und Einfuhr zur Seite stehen soll.

WVB. Frankfurt a. M., 29. Juli. Am 28. ds. fand in Heidelberg eine interzonische Konferenz aller am Verkehr mit dem von den Franzosen besetzten Gebiet interessierten Behörden der neutralen Zone statt. Vertreten waren das badische Ministerium des Inneren, das hess. Staatsministerium, das Zivilkommissariat 4, die Abschnittskommandos 3, 4 und 5, der Brückentopfposten Mainz, die Provinzialdirektion Starkenburg und die amtliche Vermittlungsstelle Darmstadt. Ueber alle einschlägigen Fragen wurde volles Einverständnis erzielt und eine Grundlage für die Wünsche geschaffen, mit denen sowohl an die deutschen Behörden, wie an die französischen Armeekommandos herangetreten werden soll.

Telegraphische Nachrichten.

Die Annahme der Verfassung.

mz Weimar, 31. Juli. Das Schlußkompromiß wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Gesamtstimmung über die Verfassung ergab die Annahme mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Dagegen stimmten die Deutschnationalen Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Unabhängigen. Der Präsident Fehrenbach erklärte, das Verfassungswerk sei nunmehr in seiner Gesamtheit angenommen.

mz Weimar, 31. Juli. In den Beratungen der Nationalversammlung wird von Freitag abend bis Donnerstag nächster Woche eine Pause eintreten. Die Kommission wird jedoch Mittwoch früh wieder zusammentreten.

Eine weitere Erklärung des Runtius Pacelli.

mz Berlin, 31. Juli. Vom Runtius Erzbischof Pacelli geht folgende Erklärung zu: Man behauptet, daß der frühere Abgeordnete Erzberger die Antwort des ehemaligen Reichskanzlers Michaelis am 24. September 1917 betreffend Belgien durch den Münchener Runtius erfahren habe. Der Runtius demontiert das auf das entschiedenste. Er habe Erzberger weder von dem Inhalt des Schreibens vom 30. August 1917 an Michaelis noch von der oben erwähnten Antwort in Kenntnis gesetzt.

Aufhebung der Zuckerrationierung?

mz Berlin, 31. Juli. Der Berl. Vol.-Anz. meldet: Auf der Tagung der Zuckerindustriellen sagte ein Vertreter des Reichs-Ernährungsministers, daß die Aufhebung der Zuckerbewirtschaftung des Zuckers für 1920 bevorstehe.

könne. Krupp-Kamp möchte vom Zentralverein den Lokal-
 vereinen Material zugewiesen sehen, das sich zur Beiprochung
 in Vereinsöffnungen eigne. Stadth. Hanfshorn-Wiesbaden be-
 merkt, man werde sich nicht nur auf eine weitere Verklärung der
 Arbeitszeit, sondern auch auf die Nothwendigkeit der Ue-
 bertheilung mit fortlaufender Lohnzahlung gefaßt
 machen müssen, das Handwerk müsse sich zur besseren Vertre-
 tung seiner Interessen ähnlich wie die Gewerkschaften enger
 zusammenschließen. Ferner gelangt ohne Widerspruch eine
 Entschließung zur Annahme, in der betont wird, daß die Kreis-
 verbände eine Einrichtung seien, die gefördert bezw. weiter aus-
 gebaut zu werden verdienen und wonach es erwünscht erscheine,
 ihnen allenthalben amtlichen Charakter zu verleihen. In einem
 längeren Vortrag behandelt dann der Handwerkskammerindus-
 trier die Rohstoffversorgung. Die Sache ist
 der Reichs wegen organisiert. Inspektor Kern spricht im weiteren
 Verlauf der Tagung über die Unterrichtszeit in den Fort-
 bildungsschulen. In vier Schulen wird ein voller Vor-
 mittag, in 35 ein voller Nachmittag von dem Unterricht in
 Anspruch genommen, in je 11 Schulen findet dieser von 3—7
 Uhr bezw. von 4—8 Uhr, in 35 von 5 Uhr in dem Rest von 8
 Uhr abends ab statt. Nur in 30 Schulen hat der Zeichenunter-
 richt auf einen Wochentag verlegt werden können. Der Ge-
 meindevorstand hat gesetzlich die Unterrichtsstunden festzusetzen,
 nicht der Lokalverein. Wenn Erfolge erzielt werden sollen,
 muß Wert darauf gelegt werden, daß Lehrer und Schüler, wenn
 sie zum Unterricht kommen, noch leistungsfähig sind. Nach einer
 Mittheilung des Vorsitzenden hat der Zentralvorstand sich für
 die Anordnung der Schulspflicht auf die weibliche bezw. die
 ganze gewerbliche Jugend ausgesprochen.